

## DEPARTEMENT GESUNDHEIT UND SOZIALES

Kantonaler Sozialdienst

Fachstelle Alter und Familie

4. März 2026

### LEITFADEN ZU BEWILLIGUNGEN, AUFSICHT UND QUALITÄT IN DER SCHUL- UND FAMILIENERGÄNZENDEN KINDERBETREUUNG

#### Tagesfamilien

---

#### Vorbemerkungen

Der Regierungsrat beauftragte den Kantonalen Sozialdienst (KSD), kantonale Unterstützungsmassnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang stellen der Kanton Aargau und die Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau den vorliegenden Leitfaden zur Kinderbetreuung zur Verfügung. Der Kanton kann gemäss §5 Abs. 1 des Gesetzes über die Familienergänzende Kinderbetreuung SAR 815.300 (Kinderbetreuungs-gesetz, KiBeG) Unterstützung bieten, zum Beispiel durch Erstellung eines Leitfadens. Dieser dient zur langfristigen Sicherung der Qualität der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sowie auch der Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Leitfaden richtet sich als Orientierungsrahmen an kommunale Behörden, welche für die Bewilligung, Aufsicht und Festlegung von Qualitätsstandards zuständig sind. Der Leitfaden bündelt zentrale Informationen zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung in Tagesfamilien. Als Orientierungsrahmen entlastet er Gemeinden administrativ, schafft Rechtssicherheit und fördert eine effiziente und möglichst einheitliche Umsetzung. Dabei wahrt er die Gemeindeautonomie und gewährt Flexibilität in der Umsetzung der Qualitätsstandards.

Der Leitfaden enthält eine Übersicht zu geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf Bundes- und Kantonsebene sowie zwingenden Standards, die sich aus diesen Bestimmungen ableiten (**in blauer Schrift**). Darüber hinaus führt der Leitfaden weitere Empfehlungen bezüglich Qualitätsstandards aus (**mit beige-m Hintergrund**), welche die kommunalen Bewilligungs- und Aufsichtsbehörden als Qualitätsstandards im Sinne von § 3 Abs. 1 KiBeG festlegen können. Der vorliegende Leitfaden hat keinen rechtssetzenden Charakter und stellt keine neuen Vorschriften auf. Die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards entsteht erst durch eine entsprechende Verpflichtung im kommunalen Recht durch die Gemeinde.

Der vorliegende Leitfaden hat keinen rechtssetzenden Charakter und stellt keine neuen Vorschriften auf. Der Fokus des vorliegenden Leitfadens liegt auf den **Tagesfamilien**. Der Kanton Aargau stellt ergänzend Leitfäden mit Fokus Kindertagesstätte und Tagesstrukturen zur Verfügung. Der Leitfaden basiert auf dem Luzerner Modell der Qualitätskriterien des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG)<sup>1</sup> und greift bewährte Standards zur Sicherstellung einer qualitativ guten Betreuung auf. Er beinhaltet auch Elemente aus dem Orientierungsrahmen für Bildung und Betreuung von Kindern<sup>2</sup>, den nationalen Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) und der

<sup>1</sup> [www.lu.ch](http://www.lu.ch) > Kanton > GSD > DISG > Kinderbetreuung > Angebotstypen > Kindertagesstätte (Kita) > Qualitätskriterien > [Qualitätskriterien für Kindertagesstätten im Kanton Luzern](#).

<sup>2</sup> [www.alliance-enfance.ch](http://www.alliance-enfance.ch) > Orientierungsrahmen > Material > [Orientierungsrahmen für Bildung und Betreuung von Kindern. Nationales Referenzdokument für pädagogische Qualität in der Arbeit mit Kindern von 0 bis 12 Jahren](#).

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren (EDK) zur Qualität und Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung<sup>3</sup> sowie den Richtlinien des Schweizerischen Dachverbands für Kinderbetreuung kibesuisse<sup>4</sup> und der privaten Organisation "Fachstelle Kinder&Familien (K&F)"<sup>5</sup>.

---

<sup>3</sup> [www.sodk.ch](http://www.sodk.ch) > Themen > Familie > Familienergänzende Betreuung > Downloads > [Empfehlungen Qualität & Finanzierung familien- & schulergänzende Kinderbetreuung](#).

<sup>4</sup> [www.kibesuisse.ch](http://www.kibesuisse.ch) > Angebot > Bibliothek > [Richtlinien für Tagesfamilienorganisationen](#).

<sup>5</sup> [www.kinderundfamilie.ch](http://www.kinderundfamilie.ch) > Angebot > Aufsicht und Bewilligung > [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien](#).

---

<b>1.</b>	<b>Rechtliche Grundlagen</b> .....	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Angebote zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung – Fokus Tagesfamilie</b> ..	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Aufgaben der Gemeinde</b> .....	<b>5</b>
<b>4.</b>	<b>Meldung</b> .....	<b>6</b>
<b>5.</b>	<b>Aufsicht</b> .....	<b>7</b>
5.1.	Aufsichtsbesuche .....	8
5.2.	Leumundsprüfung .....	10
5.3.	Führung von Verzeichnissen .....	10
5.4.	Weitergehende Pflichten.....	11
<b>6.</b>	<b>Qualitätsmanagement</b> .....	<b>11</b>
6.1.	Pädagogisches Konzept .....	11
6.2.	Versicherung.....	12
6.3.	Räumlichkeiten .....	12
6.4.	Hygiene und Sicherheit.....	13
6.5.	Ernährung .....	13
<b>7.</b>	<b>Betreuung</b> .....	<b>13</b>
7.1.	Ausbildung Tagesfamilie.....	13
7.2.	Betreuungsschlüssel.....	14
7.2.1.	Mittagstischbetreuung.....	14
7.3.	Betreuungsumfang.....	14
7.4.	Gesetzliche Meldepflicht.....	14
<b>8.</b>	<b>Datenschutz</b> .....	<b>14</b>

## 1. Rechtliche Grundlagen

Die Grundlagen zu Bewilligungen und Aufsicht von Angeboten der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sind in folgenden rechtlichen Grundlagen geregelt:

- [Übereinkommen über die Rechte des Kindes \(UN-Kinderrechtskonvention\)](#) vom 20. November 1989; von der Schweiz ratifiziert am 24. Februar 1997<sup>6</sup>, SR 0.107
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907<sup>7</sup>, SR 210, Art. 316
- [Verordnung zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch \(V EG ZGB\)](#) vom 27. September 2017<sup>8</sup>, SAR 210.311, § 15
- [Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern \(Pflegekinderverordnung, PAVO\)](#) vom 19. Oktober 1977<sup>9</sup>, SR 211.222.338
- [Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch \(EG ZGB\)](#) vom 27. Juni 2017<sup>10</sup>, SAR 210.300, § 18
- [Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung \(Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG\)](#) vom 12. Januar 2016<sup>11</sup>, SAR 815.300

## 2. Angebote zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung – Fokus Tagesfamilie

Die Tagesfamilie gehört gemäss Art. 12 PAVO zur sogenannten Tagespflege.

Bei der Tagesfamilie handelt es sich um Privatpersonen (natürliche Personen), welche Kinder in ihrem eigenen Zuhause betreuen. Die Betreuung kann als selbstständigerwerbend oder mit Anstellung bei einer Trägerorganisation (Tagesfamilienorganisation) erfolgen. Im Vergleich zu anderen familien- und schulergänzenden Betreuungsformen zeichnet sich die Tagesfamilie durch hohe Flexibilität, Familiennähe und Individualität aus.

Die Tagesfamilienorganisation kann eine juristische Person oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft sein. Sie bildet eine Trägerschaft, in der eine klare Trennung zwischen strategischer und operativer Ebene besteht.

Bei Bedarf betreut die Tagesfamilie auch Kinder über zwölf Jahren.

### Rechtliche Grundlagen:

#### Art. 12 Abs. 1 PAVO

Wer sich allgemein anbietet, **Kinder unter zwölf Jahren** gegen **Entgelt regelmässig tagsüber** in seinem **Haushalt zu betreuen**, muss dies der Behörde melden.

<sup>6</sup> [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Systematische Rechtssammlung > Internationales Recht im Allgemeinen > Menschenrechte und Grundfreiheiten > [Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#).

<sup>7</sup> [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Systematische Rechtssammlung > Landesrecht > Sub-Navigation > 2 Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung > 21 Zivilgesetzbuch > [Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907](#).

<sup>8</sup> [www.gesetzessammlung.ag.ch](http://www.gesetzessammlung.ag.ch) > Zivilrecht – Strafrecht – Rechtspflege > Bundeszivilrecht: Ergänzende kantonale Erlasse > Zivilgesetzbuch – Zivilstand – Obligationenrecht > [Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch](#).

<sup>9</sup> [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Systematische Rechtssammlung > Landesrecht > Sub-Navigation > Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung > Zivilgesetzbuch > [Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Pflegekindern \(Pflegekinderverordnung, PAVO\)](#).

<sup>10</sup> [www.gesetzessammlungen.ag.ch](http://www.gesetzessammlungen.ag.ch) > Zivilrecht – Strafrecht – Rechtspflege > Bundeszivilrecht: Ergänzende kantonale Erlasse > Zivilgesetzbuch – Zivilstand – Obligationenrecht > [Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch](#).

<sup>11</sup> [www.gesetzessammlungen.ag.ch](http://www.gesetzessammlungen.ag.ch) > Soziale Sicherheit > Soziale Absicherung der Arbeitnehmenden > Ausgleichskasse – Familienschutz > [Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung](#).

### 3. Aufgaben der Gemeinde

Der Gemeinderat legt die Qualitätsstandards fest. Darauf aufbauend legt der Gemeinderat Kriterien für die Aufsicht fest. Folgende Punkte gehören insbesondere zu den Aufgaben der Aufsichtsbehörde:

- Sie ist für die Entgegennahme der Meldung zuständig (siehe Ziffer 4).
- Sie hat eine Aufsichtspflicht (siehe Ziffer 5).
- Sie definiert Kriterien für die Aufsicht unter Einhaltung der nationalen (PAVO) und kantonalen (KiBeG) Vorschriften.
- Sie ist für die Überprüfung des Behördenauszugs 2 zuständig (siehe Ziffer 5.2).
- Sie ist sowohl bei der Meldepflicht als auch bei der Aufsicht der Tagesfamilie verpflichtet, Verzeichnisse zu führen (siehe Ziffer 5.3).
- Sie hat die Möglichkeit, bestimmte Aufgaben im Aufsichtsverfahren an Dritte zu delegieren, insbesondere administrative und fachliche Tätigkeiten (Prüfung von Unterlagen, Aufsichtsbesuche und die Erstellung von Berichten). Die endgültige Entscheidungsbefugnis über die Aufsicht verbleibt beim Gemeinderat der Standortgemeinde.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 316 Abs. 1 ZGB

Wer Pflegekinder aufnimmt, bedarf einer **Bewilligung** der Kinderschutzbehörde oder einer andern vom kantonalen Recht bezeichneten Stelle seines **Wohnsitzes** und steht unter deren **Aufsicht**.

##### Art. 2 Abs. 1 lit. a PAVO

Die für die **Bewilligung** oder die Entgegennahme von Meldungen und die **Aufsicht zuständige Behörde** (Behörde) ist: im Bereich der Familien-, Heim- und Tagespflege die Kinderschutzbehörde am **Ort der Unterbringung** des Kindes.

##### Art. 2 Abs. 2 PAVO

Die Kantone können die Aufgaben nach Absatz 1 Buchstabe a: im Bereich der Familien- und Heimpflege anderen geeigneten kantonalen oder **kommunalen Behörden übertragen**.

##### Art. 5 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit** und **erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und **Ausbildung** des Kindes **Gewähr** bieten und das Wohl anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder nicht gefährdet wird.

##### Art. 7 PAVO

Die Behörde hat die Verhältnisse in geeigneter Weise, vorab durch **Hausbesuche** und nötigenfalls unter **Beizug** von **Sachverständigen**, abzuklären. Für die **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern holt sie einen **Behördenauszug 2** aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen kann sie einen Privatauszug aus VOSTRA verlangen

##### Art 10 Abs. 1 PAVO

Eine Fachperson der Behörde **besucht** die Pflegefamilie so oft als nötig, jährlich aber **wenigstens einmal**, und führt über diese Besuche **Protokoll**.

##### Art. 10 Abs. 2 PAVO

Diese Person **prüft**, ob die **Voraussetzungen** für die **Weiterführung** des **Pflegeverhältnisses** erfüllt sind. Insbesondere holt sie zur **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 12 Abs. 1 PAVO

Wer sich allgemein anbietet, **Kinder unter zwölf Jahren** gegen **Entgelt regelmässig** tagsüber in seinem Haushalt zu betreuen, muss dies der Behörde **melden**.

##### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die Aufsicht der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den **Bestimmungen** über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

##### Art. 12 Abs. 3 PAVO

Die Behörde **untersagt** den Tagespflegeeltern – unter **Anzeige** an den **gesetzlichen Vertreter** – die **weitere Aufnahme** von **Kindern**, wenn andere **Massnahmen** zur **Behebung** von **Mängeln** oder **Schwierigkeiten erfolglos** geblieben sind oder von **vornherein ungenügend** erscheinen.

##### Art. 21 Abs. 1 PAVO

Die **Behörde führt Akten**:

b. über die **Tagespflegeeltern** mit folgenden Angaben: **Personalien** der Pflegeeltern, **Zahl** der **Pflegeplätze**, **Ergebnisse** der **Besuche** und **allfällige Massnahmen**;

##### § 18 Abs. 2 lit. c EG ZGB

Der **Gemeinderat** am Ort der Unterbringung des Kindes ist namentlich zuständig für (Art. 316 Abs. 1 ZGB und Art. 2 Abs. 2 PAVO) die **Entgegennahme von Meldungen** und die **Aufsicht** im Bereich der Tagespflege gemäss Art. 12 PAVO.

##### § 3 Abs. 1 KiBeG

Der Gemeinderat der Standortgemeinde [die Gemeinde, in der die Tagesfamilie betrieben wird] legt **Standards zur Qualität des Angebots** fest.

##### § 5 Abs. 1 KiBeG

Der **Kanton** kann **Unterstützung** bieten, zum Beispiel durch **Erstellung** eines **Leitfadens**.

## 4. Meldung

Personen, die sich allgemein dafür anbieten, Kinder unter zwölf Jahren im eigenen Haushalt und gegen Entgelt regelmässig tagsüber zu betreuen, sind meldepflichtig. Der Gemeinderat ist zuständig für die Entgegennahme der Meldung der Tätigkeit der Tagesfamilie.

Die Bestimmung betrifft nicht nur klassische Tagesfamilien, sondern auch Grosseltern, Verwandte oder Bekannte, sofern sie Kinder regelmässig gegen Entgelt betreuen. Als Entgelt gilt jede Gegenleistung in Form von Geld, Sachwerten oder Naturalien. Die Meldepflicht gilt bereits dann, wenn mindestens ein Kind unter zwölf Jahren im eigenen Haushalt regelmässig gegen Entgelt betreut wird.

Personen, die ausschliesslich Kinder aus dem eigenen Verwandtschaftskreis unentgeltlich betreuen oder sich nicht öffentlich als Betreuungsperson anbieten, fallen nicht unter die Meldepflicht.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 316 Abs. 1 ZGB

Wer Pflegekinder aufnimmt, bedarf einer **Bewilligung** der Kinderschutzbehörde oder einer andern vom kantonalen Recht bezeichneten Stelle seines **Wohnsitzes** und steht unter deren **Aufsicht**.

##### Art. 2 Abs. 1 lit. a PAVO

Die für die **Bewilligung** oder die Entgegennahme von Meldungen und die **Aufsicht zuständige Behörde** (Behörde) ist: im Bereich der Familien-, Heim- und Tagespflege die Kinderschutzbehörde am **Ort** der **Unterbringung** des Kindes.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 2 Abs. 2 PAVO

Die Kantone können die Aufgaben nach Absatz 1 Buchstabe a: im Bereich der Familien- und Heimpflege anderen geeigneten kantonalen oder **kommunalen Behörden übertragen**.

##### Art. 5 Abs. 1 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit** und **erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und Ausbildung des Kindes **Gewähr** bieten und das **Wohl** anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder **nicht gefährdet** wird.

##### Art. 7 PAVO

Die Behörde hat die **Verhältnisse** in **geeigneter Weise**, vorab durch **Hausbesuche** und nötigenfalls unter **Beizug** von **Sachverständigen, abzuklären**. Für die **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern holt sie einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen.

##### Art. 10 Abs. 1 PAVO

Eine Fachperson der Behörde **besucht** die Pflegefamilie so oft als nötig, **jährlich** aber wenigstens einmal, und führt über diese Besuche **Protokoll**.

##### Art. 10 Abs. 2 PAVO

Diese Person prüft, ob die **Voraussetzungen** für die **Weiterführung** des Pflegeverhältnisses **erfüllt** sind. Insbesondere holt sie zur **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

##### Art. 12 Abs. 1 PAVO

Wer sich allgemein anbietet, **Kinder unter zwölf Jahren** gegen **Entgelt regelmässig** tagsüber in seinem Haushalt zu betreuen, muss dies der Behörde **melden**.

##### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die Aufsicht der Behörde richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

##### § 18 Abs. 2 lit. c EG ZGB

Der **Gemeinderat** am Ort der Unterbringung des Kindes ist namentlich **zuständig** für (Art. 316 Abs. 1 ZGB und Art. 2 Abs. 2 PAVO) die **Entgegennahme** von **Meldungen** und die **Aufsicht** im Bereich der Tagespflege gemäss Art. 12 PAVO.

## 5. Aufsicht

Der Gemeinderat ist für die Aufsicht der Tagesfamilie zuständig. Durch die Aufsicht gewährt er die Sicherstellung der Qualität in der Tagesfamilie. Zur Aufsicht zählen regelmässige Aufsichtsbesuche und die jährliche Prüfung des Leumunds der Betreuungspersonen. **Der Gemeinderat legt die Qualitätsstandards fest, auf deren Basis die Aufsicht und der Aufsichtsbesuch stattfindet.** Im Zentrum steht die Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine weitere Betreuung gegeben sind. Dazu zählen unter anderem die persönliche Eignung, die Wohnverhältnisse und das Wohl der betreuten Kinder.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 316 Abs. 1 ZGB

Wer Pflegekinder aufnimmt, bedarf einer **Bewilligung** der Kinderschutzbehörde oder einer andern vom kantonalen Recht bezeichneten Stelle seines **Wohnsitzes** und steht unter deren **Aufsicht**.

## Rechtliche Grundlagen:

### Art. 2 Abs. 1 lit. a PAVO

Die für die **Bewilligung** oder die Entgegennahme von Meldungen und die **Aufsicht zuständige Behörde** (Behörde) ist: im Bereich der Familien-, Heim- und Tagespflege die Kinderschutzbehörde am **Ort der Unterbringung** des Kindes.

### Art. 2 Abs. 2 PAVO

Die Kantone können die Aufgaben nach Absatz 1 Buchstabe a: im Bereich der Familien- und Heimpflege anderen geeigneten kantonalen oder **kommunalen Behörden übertragen**.

### Art. 5 Abs. 1 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit und erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und Ausbildung des Kindes **Gewähr** bieten und das **Wohl** anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder **nicht gefährdet** wird.

### Art. 7 PAVO

Die Behörde hat die **Verhältnisse** in **geeigneter Weise**, vorab durch **Hausbesuche** und nötigenfalls unter **Beizug** von **Sachverständigen, abzuklären**. Für die **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern holt sie einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen.

### Art. 10 Abs. 1 PAVO

Eine Fachperson der Behörde **besucht** die Pflegefamilie so oft als nötig, **jährlich** aber wenigstens einmal, und führt über diese Besuche **Protokoll**.

### Art. 10 Abs. 2 PAVO

Diese Person prüft, ob die **Voraussetzungen** für die **Weiterführung** des Pflegeverhältnisses **erfüllt** sind. Insbesondere holt sie zur **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

### Art. 12 Abs. 1 PAVO

Wer sich allgemein anbietet, **Kinder unter zwölf Jahren** gegen **Entgelt regelmässig** tagsüber in seinem Haushalt zu betreuen, muss dies der Behörde **melden**.

### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die **Aufsicht** der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den Bestimmungen über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

### § 18 Abs. 2 lit. c EG ZGB

Der **Gemeinderat** am Ort der Unterbringung des Kindes ist namentlich **zuständig** für (Art. 316 Abs. 1 ZGB und Art. 2 Abs. 2 PAVO) die **Entgegennahme** von **Meldungen** und die **Aufsicht** im Bereich der Tagespflege gemäss Art. 12 PAVO.

### § 3 Abs. 3 KiBeG

Der **Gemeinderat** der Standortgemeinde legt **Standards** zur **Qualität** des Angebots fest und ist für die **Aufsicht zuständig**.

## 5.1. Aufsichtsbesuche

Die Aufsichtsbesuche des Gemeinderats finden mindestens einmal im Jahr statt. Die Aufsichtsbehörde überprüft anhand ihrer Qualitätsstandards die Situation in der Tagesfamilie.

Für die Aufsicht benötigt es genügend fachliche personelle Mittel sowie fachliche Grundkenntnisse in Pädagogik, Früher Kindheit und familienergänzender Kinderbetreuung. Die Aufsichtspflicht erfüllt die kommunale Verwaltung selbst (zum Beispiel durch kommunale oder regionale Sozialdienste) oder delegiert diese an Dritte. Der Gemeinderat kann Dritte mit der Aufsicht beauftragen, welche unter anderem Besuche durchführen, fachliche Einschätzungen abgeben und Berichte und Empfehlungen im Auftrag des Gemeinderats erstellen. Bei einer Delegation an Dritte ist der Auftrag vom Gemeinderat

klar zu definieren. Die endgültige Entscheidungskompetenz (Prüfung der Berichte und Umwandlung von jeweiligen Empfehlungen zu Auflagen) verbleibt beim Gemeinderat der Standortgemeinde.

Die Aufsichtsbehörde führt Akten über die Tagesfamilie gemäss Art. 21 Abs. 1 lit. b PAVO. Über jeden Besuch verfassen eine Fachperson der Behörde oder delegierte Dritte jeweils ein Protokoll. Die Fachperson prüft dabei, ob alle Bedingungen für die weitere Betreuungstätigkeit des Kindes durch die Tagesfamilie weiterhin erfüllt sind. Für die Betreuung in der Tagesfamilie achtet die Behörde darauf, dass die Tageseltern sowie alle Personen, die gemeinsam im Haushalt leben, eine geeignete Persönlichkeit, eine gute Gesundheit sowie pädagogische Fähigkeiten besitzen und die Wohnsituation dem Wohl des Kindes entspricht. Das Wohl anderer betreuter Kinder im Haushalt darf dabei nicht beeinträchtigt werden. Die Aufsichtsstelle dokumentiert die Ergebnisse schriftlich und spricht gegebenenfalls eine Empfehlung in Bezug auf allfällige Massnahmen zuhanden des Gemeinderats aus. Die Aufsichtsbehörde hält die Ergebnisse des Besuchs neben den Personalien der Tagesfamilie und der Anzahl Betreuungsplätze sowie allfälligen Massnahmen schriftlich fest. Die Aufsichtsbehörde führt ein Verzeichnis der Tagesfamilie (siehe Ziffer 5.3).

Stellen die kommunale Verwaltung oder delegierte Dritte fest, dass Mängel bestehen, welche die Tagesfamilie durch andere Massnahmen nicht beheben kann oder sich herausstellt, dass die Tagesfamilie von Anfang an nicht geeignet ist, kann die Behörde die weitere Aufnahme von Kindern unter Wahrung des rechtlichen Gehörs<sup>12</sup> ausdrücklich untersagen.

#### Rechtliche Grundlagen:

##### Art. 5 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit** und **erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und **Ausbildung** des Kindes **Gewähr** bieten und das Wohl anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder nicht gefährdet wird.

##### Art. 7 PAVO

Die Behörde hat die Verhältnisse in geeigneter Weise, vorab durch **Hausbesuche** und nötigenfalls unter **Beizug** von **Sachverständigen**, abzuklären. Für die **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern holt sie einen **Behördenauszug 2** aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen kann sie einen Privatauszug aus VOSTRA verlangen

##### Art 10 Abs. 1 PAVO

Eine Fachperson der Behörde **besucht** die Pflegefamilie so oft als nötig, jährlich aber **wenigstens einmal**, und führt über diese Besuche **Protokoll**.

##### Art. 10 Abs. 2 PAVO

Diese Person **prüft**, ob die **Voraussetzungen** für die **Weiterführung** des **Pflegeverhältnisses** erfüllt sind. Insbesondere holt sie zur **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

##### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die Aufsicht der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den **Bestimmungen** über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

##### Art. 12 Abs. 3 PAVO

Die Behörde **untersagt** den Tagespflegeeltern – unter **Anzeige** an den **gesetzlichen Vertreter** – die **weitere Aufnahme** von **Kindern**, wenn andere **Massnahmen** zur **Behebung** von **Mängeln** oder **Schwierigkeiten erfolglos** geblieben sind oder von **vornherein ungenügend** erscheinen.

##### Art. 21 Abs. 1 PAVO

Die **Behörde führt Akten**:

<sup>12</sup> [www.ag.ch](http://www.ag.ch) > Aargau > Themen > Soziales und Gesellschaft > Familie > Vereinbarkeit von Familie und Beruf > Informationsunterlagen für Gemeinden > Verfahrensrechtliche Ausführung

**Rechtliche Grundlagen:**

b. über die **Tagespflegeeltern** mit folgenden Angaben: **Personalien** der Pflegeeltern, **Zahl** der **Pflegeplätze**, **Ergebnisse** der **Besuche** und **allfällige Massnahmen**;

## 5.2. Leumundsprüfung

Die Aufsichtsbehörde hat die Pflicht, den Leumund von Personen in der Kinderbetreuung durch den Behördenauszug 2 jährlich zu prüfen. Der Gemeinderat beantragt mittels eines vollständig und korrekt ausgefüllten Antragsformulars bei der Koordinationsstelle VOSTRA der Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Aargau den Behördenauszug 2. Sie benötigt die aktuellen Personendaten für die Prüfung.

Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen verlangt die Aufsichtsbehörde einen Privatauszug aus VOSTRA.

Die Privatauszüge haben die im gleichen Haushalt lebenden Personen selbst einzuholen und der Behörde abzugeben oder vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde benötigt die aktuellen Personendaten für die Prüfung.

**Rechtliche Grundlagen:**

**Art. 7 PAVO**

Die Behörde hat die Verhältnisse in geeigneter Weise, vorab durch **Hausbesuche** und nötigenfalls unter **Beizug** von **Sachverständigen**, abzuklären. Für die **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern holt sie einen **Behördenauszug 2** aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen kann sie einen Privatauszug aus VOSTRA verlangen

**Art. 10 Abs. 2 PAVO**

Diese Person **prüft**, ob die **Voraussetzungen** für die **Weiterführung** des **Pflegeverhältnisses** erfüllt sind. Insbesondere holt sie zur **Überprüfung** des **Leumunds** der Pflegeeltern einen Behördenauszug 2 aus dem Strafregister-Informationssystem VOSTRA ein. Von weiteren im **gleichen Haushalt lebenden Personen** kann sie einen **Privatauszug** aus VOSTRA verlangen. Sie steht den Pflegeeltern bei Bedarf beratend zur Seite.

**Art. 12 Abs. 2 PAVO**

Die Aufsicht der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den **Bestimmungen** über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

## 5.3. Führung von Verzeichnissen

Die Behörde führt Akten über die Tagesfamilie gemäss Art. 21 Abs. 1 lit. b PAVO.

Die Aufsichtsbehörde prüft, ob die Tagesfamilie die Kinder angemessen betreut. In diesem Rahmen kann die Aufsichtsbehörde sich nach den Kindern und deren Alter erkundigen, falls dies relevant für die Überprüfung ist.

**Rechtliche Grundlagen:**

**Art. 21 Abs. 1 PAVO**

Die **Behörde führt Akten**:

b. über die **Tagespflegeeltern** mit folgenden Angaben: **Personalien** der Pflegeeltern, **Zahl** der **Pflegeplätze**, **Ergebnisse** der **Besuche** und **allfällige Massnahmen**;

## 5.4. Weitergehende Pflichten

Alle Personen im Bereich der Aufsicht der Tagesfamilien tätig sind, sind gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Gemeinderat und die übrigen für den Schutz des Kindes verantwortlichen Behörden leisten einander Amts- und Rechtshilfe.

### Rechtliche Grundlagen:

#### Art. 22 PAVO

Alle in der Pflegekinderaufsicht tätigen Personen sind gegenüber Dritten zur **Verschwiegenheit** verpflichtet.

#### Art. 24 PAVO

Die mit der Pflegekinderaufsicht betrauten Behörden und die übrigen für den Schutz des Kindes verantwortlichen Behörden leisten einander **Amts- und Rechtshilfe**.

## 6. Qualitätsmanagement

Die Aufsichtsbehörde oder von ihr delegierte beziehungsweise beauftragte Dritte überprüfen so oft wie nötig, mindestens jedoch einmal jährlich, die Qualität der Betreuung, die pädagogische Arbeit der Tagesfamilie, die Einhaltung der Betreuungsstandards sowie die relevanten Sicherheitsaspekte. Dafür werden Hausbesuche, Standortgespräche, interne und externe Evaluationen, Feedbackprozesse sowie Weiterbildungen genutzt. Die Behörde dokumentiert und analysiert die Verbesserungsmaßnahmen anhand eines strukturierten Prozesses. Dabei passt sie den Umfang der Qualitätsmanagement-Massnahmen an den individuellen Betreuungsrahmen sowie an die Anzahl der betreuten Kinder und den Betreuungsumfang an. Somit gewährleistet der Gemeinderat, dass sich das Qualitätsmanagement kontinuierlich weiterentwickelt und die Betreuungsqualität fortlaufend verbessert.

### 6.1. Pädagogisches Konzept<sup>13</sup>

Das pädagogische Konzept beschreibt die entwicklungspsychologischen, pädagogischen und sozialpädagogischen Ziele, die die Tagesfamilie verfolgt. Die Tagesfamilie führt das pädagogische Konzept im Alltag aus. Die Aufsichtsbehörde überprüft das Konzept, um sicherzustellen, dass die Tagesfamilie die Bedürfnisse der Kinder erfüllt. Der Gemeinderat definiert in ihren Qualitätsstandards, ob und ab welchem Betreuungsumfang eine Tagesfamilie ein pädagogisches Konzept vorzulegen hat.

Viele Tagesfamilienorganisationen bieten bereits bestehende pädagogische Konzepte an. Ist die Tagesfamilie einer Tagesfamilienorganisation mit pädagogischem Konzept angegliedert, überprüft die Aufsichtsbehörde, ob das pädagogische Konzept der Tagesfamilienorganisation ausreicht.

Das pädagogische Konzept liegt schriftlich vor und beinhaltet Informationen zu folgenden relevanten Aspekten, wobei für einzelne Punkte auch eigene weiterführende Konzepte sinnvoll sein können:

- Körperliches und seelisches Wohlbefinden  
Kinder brauchen eine gesunde und ausgewogene Ernährung sowie genügend Bewegung, Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten. Die Tagesfamilie bewahrt die körperliche und psychische Integrität des Kindes.
- Sicherheit und Gesundheit  
Kinder brauchen Geborgenheit, eine sorgfältige Eingewöhnung und eine verlässliche Betreuung (psychisches und physisches Wohlbefinden). Die Tagesfamilie baut durch eine konstante Betreuung diese Geborgenheit auf.

<sup>13</sup> [www.kibesuisse.ch](http://www.kibesuisse.ch) > Angebot > Bibliothek > [Pädagogisches Konzept für die Tagesfamilienbetreuung](#).

- **Struktur und Rituale**  
Kinder brauchen einen klaren, wiederkehrenden Ablauf mit Ritualen zur Orientierung und Sicherheit. Die Tagesfamilie gestaltet den Tagesablauf inklusive das Bringen und das Abholen der Kinder oder das anderweitige Beenden der Betreuung in diesem Rahmen.
- **Kommunikation**  
Die Förderung von Sprache und Ausdruck, sowohl verbal als auch nonverbal, stärkt die Entwicklung des Kindes. Die Tagesfamilie fördert diese durch vielfältige Möglichkeiten des Austauschs.
- **Zugehörigkeit und Partizipation**  
Kinder streben nach festen Bindungen und Beziehungen, um aktiv am Alltag teilzuhaben. Die Tagesfamilie nimmt ihre Meinungen und Ideen ernst.
- **Stärkung und Ermächtigung**  
Kinder wollen in ihrer Eigenständigkeit, ihrer Selbstbestimmung und im Selbstvertrauen gestärkt werden (Autonomie). Die Tagesfamilie fördert diese Eigenschaften, indem sie die Kinder anerkennt und ihnen altersgerecht Verantwortung überträgt.
- **Anregung**  
Kinder brauchen anregend gestaltete Umgebungen und Interaktionen mit Erwachsenen und anderen Kindern. Die Tagesfamilie schafft entsprechend gute Rahmenbedingungen.
- **Akzeptanz von Verschiedenheit**  
Alle Kinder sind gleichwertig, unabhängig ihrer Herkunft, Fähigkeiten oder Lebensumständen. Für die Tagesfamilie sind Toleranz und Inklusion zentrale Werte.
- **Ganzheitlichkeit und Angemessenheit**  
Kinder lernen mit allen Sinnen, ausgehend von ihren Interessen und Erfahrungen. Die Tagesfamilie bietet Angebote, welche sich am individuellen Entwicklungsstand orientieren.
- **Eingewöhnung**  
Die Eingewöhnung des Kindes in die Tagesfamilie ist zentral und oft entscheidend für das Kindeswohl. Die Tagesfamilie gestaltet die Eingewöhnungsphase einfühlsam und individuell, sodass sich das Kind sicher fühlt und Vertrauen aufbauen kann.

## 6.2. Versicherung<sup>14</sup>

Die Tagesfamilie ist ausreichend versichert für die Räumlichkeiten, darunter Haftpflicht-, Unfall- und Gebäudeversicherungen sowie, wenn nötig, über die üblichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO, ALV, UVG, berufliche Vorsorge [PK]). Ist die Tagesfamilie von der Tagesfamilienorganisation angestellt, ist ein Arbeitsvertrag abzuschliessen.

Die Tagesfamilienbetreuung erfolgt im eigenen Haushalt. Eine entsprechende Zusatzversicherung für Haushalt und Haftpflicht ist empfohlen.

## 6.3. Räumlichkeiten<sup>15</sup>

Die Tagesfamilienbetreuung findet im eigenen Haushalt statt. Diese ermöglicht Bewegung und kreatives Spiel, Rückzug und Schlaf, Erleben, Beobachten und Entdecken, Begegnung, Essen sowie Pflege und Hygiene. Die Einrichtung und die Spielmaterialien entsprechen dem Entwicklungsstand sowie den Bedürfnissen und Interessen der Kinder. Für die Familienmitglieder bestehen ausreichende Rückzugsmöglichkeiten.

<sup>14</sup> [www.kinderundfamilie.ch](http://www.kinderundfamilie.ch) > Angebot > Aufsicht und Bewilligung > [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien](#).

<sup>15</sup> [www.kinderundfamilie.ch](http://www.kinderundfamilie.ch) > Angebot > Aufsicht und Bewilligung > [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien](#).

## 6.4. Hygiene und Sicherheit

Eine sichere und hygienische Umgebung ist in der Tagesfamilie essenziell, um die Gesundheit der Kinder und der Tagesfamilie zu gewährleisten.

Die Räumlichkeiten befinden sich in einem sauberen und ordentlichen Zustand. Die Tagesfamilie trifft sicherheitstechnische Vorkehrungen in Bezug auf die Kinder im Haus (Steckdosensicherungen, Umgang mit Chemikalien, Fenstersicherungen etc.) und um das Haus herum (befahrene Strassen, Garten etc.).<sup>16</sup>

### Rechtliche Grundlagen:

#### Art. 5 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit** und **erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und **Ausbildung** des Kindes **Gewähr** bieten und das Wohl anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder nicht gefährdet wird.

#### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die Aufsicht der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den **Bestimmungen** über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

## 6.5. Ernährung

Gesunde, ausgewogene Mahlzeiten sind ein wichtiger Bestandteil der Betreuung.

## 7. Betreuung<sup>17</sup>

Die Tagesfamilie und im gleichen Haushalt lebende Personen sind nach Persönlichkeit, Gesundheit und erzieherischer Eignung geeignet, um eine angemessene Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder zu gewährleisten.

### Rechtliche Grundlage:

#### Art. 5 PAVO

Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Pflegeeltern und ihre Hausgenossen nach **Persönlichkeit, Gesundheit** und **erzieherischer Eignung** sowie nach den **Wohnverhältnissen** für **gute Pflege, Erziehung** und **Ausbildung** des Kindes **Gewähr** bieten und das **Wohl** anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder **nicht gefährdet** wird.

#### Art. 12 Abs. 2 PAVO

Die Aufsicht der Behörde richtet sich **sinngemäss** nach den **Bestimmungen** über die Familienpflege (Art. 5, 7 und 10).

## 7.1. Ausbildung Tagesfamilie

Vor oder unmittelbar nach Beginn der Tätigkeit als Tagesfamilie absolviert die Betreuungsperson eine Grundausbildung<sup>18</sup>. Die Tagesfamilie absolviert die "Grundausbildung Tageseltern" sowie den Notfallkurs für Kleinkinder innerhalb der ersten zwölf Monate. Eine andere vergleichbare Ausbildung kann allenfalls auch genügen.

<sup>16</sup> [www.kinderundfamilie.ch](http://www.kinderundfamilie.ch) > Angebot > Aufsicht und Bewilligung > [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien](#).

<sup>17</sup> [www.kibesuisse.ch](http://www.kibesuisse.ch) > Angebot > Bibliothek > [Richtlinien für Tagesfamilienorganisationen](#).

<sup>18</sup> Der Verband Kinderbetreuung Schweiz kibesuisse bietet eine 5-tägige "Tageseltern Grundbildung" an.

## 7.2. Betreuungsschlüssel

Die maximale Anzahl der zu betreuenden Kinder beruht auf verschiedenen Faktoren: Altersstruktur der zu betreuenden Kinder, Unterstützungsbedürfnisse der Kinder, Fremdsprachigkeit, Berufserfahrung und fachliche Qualifikation der Tagesfamilie sowie räumliche Gegebenheiten (Fläche, Ausstattung).

Die maximale Kinderanzahl inklusive der eigenen anwesenden Kinder unter 12 Jahren sollte fünf Kinder nicht übersteigen. Der Betreuungsschlüssel rechnet Kinder unter 12 Jahren mit einem Faktor 1 und Kinder bis 18 Monate sowie Kinder mit besonderen Unterstützungsbedürfnis mit einem Faktor von mindestens 1,5.

### 7.2.1. Mittagstischbetreuung

Die Tagesfamilie kann den Betreuungsschlüssel für die Mittagstischbetreuung auf maximal acht Kinder erhöhen, sofern weitere erwachsene Personen am Mittagstisch anwesend sind. Dabei zählen auch eigene Kinder zur Gesamtanzahl der Kinder hinzu. Die weiteren anwesenden erwachsenen Personen unterstützen die Betreuungsperson bei Bedarf.

## 7.3. Betreuungsumfang

Damit das Kind eine stabile Beziehung und Bindung zur Tagesfamilie aufbaut und festigt, braucht es Regelmässigkeit. Pädagogisch sinnvoll ist eine Mindestbetreuungszeit von einem halben Tag beziehungsweise vier Stunden pro Woche. Bei der Eingewöhnungsphase braucht es eine erhöhte Anzahl Stunden Betreuung am Stück, um einen stabilen Tagesablauf zu etablieren. Die Betreuung soll regelmässig und mindestens einmal wöchentlich erfolgen sowie ohne lange Unterbrüche zwischen den Betreuungszeiten. Die Anwesenheitszeit pro Tag beträgt maximal elf Stunden.

## 7.4. Gesetzliche Meldepflicht

Die Tagesfamilie ist zur Meldung an die Kinderschutzbehörde (KESB) verpflichtet, wenn konkrete Hinweise dafür bestehen, dass die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität eines Kindes gefährdet ist und sie der Gefährdung nicht im Rahmen ihrer Tätigkeit Abhilfe schaffen können. Die Meldepflicht erfüllt auf, wer die Meldung an die vorgesetzte Person richtet.

### Rechtliche Grundlagen:

#### Art. 314d Abs. 1 ZGB

Folgende Personen, soweit sie nicht dem Berufsgeheimnis nach dem Strafgesetzbuch unterstehen, sind zur **Meldung verpflichtet**, wenn **konkrete Hinweise** dafür bestehen, dass die **körperliche, psychische** oder **sexuelle Integrität** eines Kindes **gefährdet** ist und sie der **Gefährdung nicht** im Rahmen ihrer **Tätigkeit Abhilfe** schaffen können:

1. Fachpersonen aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Pflege, **Betreuung, Erziehung, Bildung**, Sozialberatung, Religion und Sport, die **beruflich regelmässig Kontakt** zu Kindern haben;
2. wer in **amtlicher Tätigkeit** von einem solchen Fall erfährt.

#### Art. 314d Abs. 2 ZGB

Die **Meldepflicht** erfüllt auch, wer die Meldung an die **vorgesetzte Person** richtet.

## 8. Datenschutz

Der Schutz personenbezogener Daten ist zentral, um die Privatsphäre von Kindern, Erziehungsberechtigten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu wahren. **Alle Personen, welche in der Kindertagesstätte tätig sind, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.** Wenn aber konkrete Hinweise dafür bestehen, dass die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität eines Kindes gefährdet ist und sie

der Gefährdung nicht im Rahmen ihrer Tätigkeit Abhilfe schaffen können, sind sie zur Meldung verpflichtet.

Die Kindertagesstätte erhebt nur die notwendigen Daten. Diese umfassen Informationen wie Name, Adresse, für die Betreuung notwendige medizinische Angaben der Kinder und vertragliche Angaben der Erziehungsberechtigten (vollständiger Name und Anschrift). Die Verwendung der Daten erfolgt zweckgebunden und gesetzeskonform (Bundesgesetz über den Datenschutz [Datenschutzgesetz, DSG] vom 25. September 2020, SR 235.1 bei privatrechtlichen Kindertagesstätten sowie Gesetz des Kantons Aargau über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen [IDAG], SAR 150.700 vom 24. Oktober 2006 bei öffentlich-rechtlichen Kindertagesstätten).

Grundsätzlich ist die Weitergabe von Daten, insbesondere von Kindern und deren Erziehungsberechtigten, an Dritte untersagt. Vor einer Weitergabe von Daten, beispielsweise an medizinisches Personal oder externe Stellen, holen die Betreuungspersonen die ausdrückliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten ein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden direkt durch die Trägerschaft, über die Leitungsperson oder durch Dritte regelmässig über die gesetzlichen Anforderungen des Datenschutzes und den Umgang mit sensiblen Daten geschult. Die Trägerschaft trägt die Verantwortung für die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen und muss bei Verstössen unverzüglich Massnahmen ergreifen.

#### Gesetzliche Grundlagen:

##### Art. 314d Abs. 1 ZGB

Folgende Personen, soweit sie nicht dem Berufsgeheimnis nach dem Strafgesetzbuch unterstehen, sind zur **Meldung verpflichtet**, wenn **konkrete Hinweise** dafür bestehen, dass die **körperliche, psychische** oder **sexuelle Integrität** eines Kindes **gefährdet** ist und sie der **Gefährdung nicht** im Rahmen ihrer **Tätigkeit Abhilfe** schaffen können:

1. Fachpersonen aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Pflege, **Betreuung, Erziehung, Bildung**, Sozialberatung, Religion und Sport, die **beruflich regelmässig Kontakt** zu Kindern haben;
2. wer in **amtlicher Tätigkeit** von einem solchen Fall erfährt.

##### Art. 22 PAVO

Alle in der **Pflegekinderaufsicht** tätigen Personen sind gegenüber Dritten zur **Verschwiegenheit** verpflichtet.

#### Weiterführende Qualitätsstandards

- [Orientierungsrahmen für Bildung und Betreuung von Kindern. Nationales Referenzdokument für pädagogische Qualität in der Arbeit mit Kindern von 0 bis 12 Jahren.](#)<sup>19</sup>
- [Empfehlungen Qualität & Finanzierung familien- & schulergänzende Kinderbetreuung.](#)<sup>20</sup>
- [Richtlinien für Tagesfamilienorganisationen.](#)<sup>21</sup>
- [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien](#)<sup>22</sup>

<sup>19</sup> [www.alliance-enfance.ch](http://www.alliance-enfance.ch) > Orientierungsrahmen > Material > [Orientierungsrahmen für Bildung und Betreuung von Kindern. Nationales Referenzdokument für pädagogische Qualität in der Arbeit mit Kindern von 0 bis 12 Jahren.](#)

<sup>20</sup> [www.sodk.ch](http://www.sodk.ch) > Themen > Familie > Familienergänzende Betreuung > Downloads > [Empfehlungen Qualität & Finanzierung familien- & schulergänzende Kinderbetreuung.](#)

<sup>21</sup> [www.kibesuisse.ch](http://www.kibesuisse.ch) > Angebot > Bibliothek > [Richtlinien für Tagesfamilienorganisationen.](#)

<sup>22</sup> [www.kinderundfamilie.ch](http://www.kinderundfamilie.ch) > Angebot > Aufsicht und Bewilligung > [K&F Qualitätsstandards für Tagesfamilien.](#)